

## „1989“ IM DEUTSCH-TSCHECHISCH-SLOWAKISCHEN KONTEXT

„Wende“, „Revolution“, „Umbruch“ oder „Implosion“ – dies sind nur die gebräuchlichsten Begriffe, mit denen die Ereignisse des Jahres 1989 bezeichnet werden. Der Sturz der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa ist bis heute ein Vorgang, der sich in seiner historischen Bedeutung einer eindeutigen Zuordnung entzieht. 20 Jahre danach wird auf vielfältige Weise an den Fall des „Eisernen Vorhangs“ erinnert, in Form von Festakten, Publikationen und Konferenzen. Für die Historiografie bietet der runde Jahrestag den Anlass, Bilanz zu ziehen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu präsentieren und die seither stattgefundenen Entwicklungen zu bewerten.

Diese Ziele hatte sich auch die diesjährige Tagung der Deutsch-Tschechischen und

Deutsch-Slowakischen Historikerkommission gesteckt, die vom 9. bis 11. Oktober 2009 in Bratislava stattfand. In ihrer Einführung skizzierten die Organisatoren Volker Zimmermann (Prag), Miloš Řezník (Chemnitz) und Edita Ivaničková (Bratislava) Problemfelder und Leitfragen, die auch in den folgenden Diskussionen zentralen Stellenwert einnehmen sollten: Die Betrachtung einer solch rezenten Zeitgeschichte mache den Zeitgenossen zum Zeitzeugen und den Historiker zum teilnehmenden Beobachter des sich herausbildenden Erinnerungsortes „1989“. Daraus erwachse die enge Verknüpfung von geschichtlicher Forschung und Erinnerungskultur, die aber auch in einem Spannungsfeld um Deutungshoheit stünden. Zentral für die historische Bewertung sei die Frage nach den Akteuren des Wandels sowie nach den Kontinuitäten über den Bruch von 1989 hinweg. Gerade der vergleichende Ansatz der Tagung könne hier dazu beitragen, nationale Deutungsschemata zu hinterfragen wie auch allgemeinere Zusammenhänge greifbar zu machen.

Diese größeren Zusammenhänge standen auch gleich im Mittelpunkt der ersten Sektion, deren zwei Beiträge eine konzeptionelle Annäherung an den Gegenstand der Tagung boten. Christoph Boyer (Salzburg) zeichnete den Weg hin zum Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime im Jahr 1989 nach und betonte dabei die inhärente Entwicklungslogik dieses Prozesses, die auf strukturelle Defizite der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zurückzuführen sei. Wie der Wandel vom spätstalinistischen zum „normalisierten“ Sozialismus am Beispiel der Tschechoslowakei und der DDR zeige, sei das System dazu fähig gewesen, sich innerhalb der vom umfassenden Führungsanspruch der Parteimacht vorgegebenen Grenzen zu verändern. Den weltweiten Wandlungsprozessen hin zu Individualismus und Dienstleistungsgesellschaft sei das sozialistische Modell dann nicht mehr gewachsen gewesen, so dass seine Dysfunktionalität in der Krisensituation Ende der 1980er Jahre nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Claudia Krafts (Erfurt) Beitrag setzte an dem historischen Zeitpunkt an, an dem Boyer geendet hatte, und bot einen konzisen Überblick über den Umgang mit Diktaturen in Ostmitteleuropa seit 1989, in dem sie die verschiedenen Formen von Erinnerung und Geschichtspolitik erläuterte. Dabei wies sie auf Spannungslinien, etwa zwischen historiografischer und juristischer Herangehensweise, hin und diskutierte die Frage nach dem Stellenwert der Historiker bei der Formung von gesellschaftlichem Geschichtsbewusstsein.

Während im ersten Panel eher die Entwicklungslinien in einer längeren Zeitspanne im Vordergrund standen, boten die folgenden Beiträge Fallstudien zu den Ereignissen der späten 1980er Jahre aus verschiedenen Blickwinkeln. Damit kamen auch die vielfältigen Kontingenzen in der konkreten historischen Situation zur Sprache. Beata Katrebová-Blehová (Wien) untersuchte die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, wobei sie die Unstimmigkeiten hervorhob, die Gorbacëvs Perestrojka in der KPTsch-Führung hervorrief. Als zentraler Streitpunkt habe sich die Neubewertung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 entpuppt. Weg von der politischen Führungsebene hin zu den Erwartungen und Erfahrungen der tschechoslowakischen Bürger im Herbst 1989 führte der Beitrag von James Krapfl (Montreal), der wegen der Abwesenheit des Referenten von Miloš Řezník präsentiert wurde. In der Vielzahl von Ideen zur Änderung des bestehenden politischen Systems wurde deutlich, als wie offen die Zeitgenossen die

damalige Situation empfanden. Es kam zur Freisetzung einer Kreativität, die von der Neubewertung von Masaryk und Beneš über Schritte der Selbstorganisation bis zu Forderungen nach einem „lustigeren Sozialismus“ reichte.

Der Beginn des zweiten Konferenztags war den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen am Ende der 1980er Jahre gewidmet. Zunächst beschäftigte sich Miroslav Kunštát (Prag) mit dem Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik, danach sprach Tomáš Vilímek (Prag) über die Beziehungen zur DDR. Kunštát hob die erstaunlich guten Kontakte auf politischer und kultureller Ebene hervor, die sich bis zur höchsten Regierungsebene nachweisen ließen. Der Zäsurcharakter des Systemwechsels werde somit durch die Kontinuitäten in der Zusammenarbeit relativiert. Vilímek kontrastierte die engen Beziehungen von SED und KPTsch mit der wachsenden Zusammenarbeit der Oppositionellen in DDR und Tschechoslowakei. Während sich die Parteiführungen bis zuletzt in der Ablehnung einer Liberalisierung einig gewesen wären, habe der grenzüberschreitende Protest einen wichtigen Beitrag zum Sturz der Diktaturen geleistet. Neben der politischen Opposition sei hier auch die wichtige Rolle kirchlicher Initiativen zu berücksichtigen, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde. Anschließend gab Ondrej Pöss (Bratislava) einen Einblick in die Stellung der deutschen Minderheit in der Slowakei bis 1989. Nachdem sie lange Zeit marginalisiert bzw. zwangsassimiliert worden sei, habe es auch in der Frage einer größeren kulturellen Eigenständigkeit in den 1980er Jahren Bewegung gegeben.

Im nächsten Panel wurden anhand verschiedener sozialer Gruppen in der DDR und der Tschechoslowakei Handlungsoptionen und Zukunftskonzepte in der Zeit wachsender politischer Freiräume diskutiert. Dieter Segert (Wien) trug das gemeinsam mit Vladimír Handl (Prag) erarbeitete Papier vor, das Reformströmungen innerhalb der kommunistischen Parteien zum Gegenstand hatte. In der Nomenklatura von SED wie KPTsch habe es Bestrebungen zur Erneuerung im Rahmen des bestehenden Systems gegeben. Der Glaube an die Reformierbarkeit des Sozialismus und die wachsende Selbstständigkeit der „intellektuellen Dienstklasse“ seien wichtige Bedingungen für den friedlichen Ablauf des Systemwechsels gewesen, in diesen Kreisen formulierte Ideen hätten Politik und Gesellschaft über 1989 hinaus beeinflusst. Susanne Brauch (Koblenz-Landau) verglich die Europa-Vorstellungen von Dissidenten und arbeitete dabei die Differenzen sowohl zwischen wie auch innerhalb der beiden Länder heraus, so etwa am Beispiel der tschechischen Mitteleuropadebatte und in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Neben der kommunistischen Partei und dem politischen Dissens wurde auch der Wissenschaft Aufmerksamkeit zuteil. Am Beispiel der Volkskunde zeigte Blanka Koffer (Berlin) unterschiedliche Strategien des Umgangs mit dem politischen Umbruch: Während die DDR-Wissenschaftler die Initiative ergriffen und materielle sowie politische Forderungen formulierten, wurde in der Tschechoslowakei auch die demokratische „Wende“ von oben verordnet.

Die zwei Nachmittagssektionen waren der Erinnerung an 1989 und die Ära des Staatssozialismus gewidmet, wobei sich die Betrachtung von der Geschichtswissenschaft über die Vermittlung in Schulbüchern bis hin zur Populärkultur erstreckte. Die Vorträge von Adam Hudek und Natalia Veselská (beide Bratislava) beschäftigten

ten sich mit dem Geschichtsbewusstsein seit 1989 und konstatierten dabei übereinstimmend eine Distanz zwischen der professionellen Historiografie einerseits und der öffentlichen Geschichtsbetrachtung andererseits, welche unter Berufung auf Zeitzeugen Authentizität für sich beanspruche. Diese beiden Gruppen befänden sich in einem Konkurrenzverhältnis um die Deutung der jüngsten Vergangenheit, wobei die Historiker in Deutschland mehr Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausübten als in Tschechien und der Slowakei. In diesen beiden Ländern sei die Auseinandersetzung mit 1989 stark politisiert; gerade im slowakischen Fall sei ein stark affirmativer Blickwinkel im Sinne des „nation-building“ weit verbreitet. Die engagiert geführte Diskussion drehte sich dann auch besonders um das slowakische Ústav pamäti národa (Institut des nationalen Gedächtnisses) als Forschungseinrichtung und politisches Projekt.

Die Vermittlung historischen Wissens in Schulbüchern untersuchten Tomáš Nigrin und Zdeněk Beneš (beide Prag). Auffallend sei, dass der Systemwechsel als quasi unausweichlich dargestellt werde, während die Akteure uneindeutig blieben. Gerade in slowakischen Büchern erscheine er wiederum nur als Etappe auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit. An diese Analyse konnten Nicole Horáková-Hirschler und Vladimír J. Horák (beide Ostrava) anknüpfen, die eine Erhebung unter Ostrauer Studierenden zum Wissen über die Zeit vor 1989 und damit das präsentierten, „was von den Schulbüchern in die Köpfe kommt“. Deutlich wurde in den Ergebnissen der Umfrage, dass die Schule tatsächlich eine wichtige Informationsquelle für historisches Wissen ist, die eigenen Kenntnisse aber meist als (zu) gering eingeschätzt werden. Martin Franc (Prag) schließlich lieferte eine vergnügliche Bestandsaufnahme der „Ostalgie“-Welle in Deutschland und Tschechien und bot damit ein Beispiel für eine Gedächtniskonjunktur dar, die losgelöst von historiografischem Expertentum eine massenmediale Form der Erinnerung an die Konsumkultur der sozialistischen Ära darstellt.

In seinem die Abschlussdiskussion einleitenden Kommentar ging Martin Schulze Wessel (München) nochmals auf die Frage der Terminologie ein und plädierte dafür, im Zusammenhang mit 1989 von einer Revolution zu sprechen. Bei diesem Begriff handele es sich um einen wissenschaftlichen Terminus, der dem Stellenwert der Umwälzung gerecht werde, den Blick aber auch auf die reichlich vorhandenen Kontinuitäten über die vermeintliche Zäsur hinaus lenke. Um diesen Vorschlag entspann sich eine angeregte Diskussion, in der insbesondere danach gefragt wurde, in welchen Bereichen es tatsächlich einen revolutionären Bruch gegeben habe und wo sich vielmehr ein evolutionärer Wandel abzeichnete. Auch die Frage, was von den Reformkonzepten der 1980er Jahre geblieben sei, gab Anlass zur Debatte. Welche Bezeichnung nun die richtige sei für die historischen Vorgänge des Jahres 1989, welches Verhältnis denn tatsächlich geherrscht habe zwischen der Unausweichlichkeit des Zusammenbruchs und den Akteuren, die das System zum Einsturz brachten, das stand auch am Ende der Konferenz nicht zweifelsfrei fest. Anstatt einfache Antworten zu produzieren, konnten jedoch einige Facetten des schillernden Jahres im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext gezeigt werden – der Bedarf an weiteren Forschungen ist jedenfalls ungebrochen.

München

Bianca Hoenig